

Medienmitteilung der unabhängigen Schweizer Delegationsgruppe die sich vom 19. Juni ( nachts) bis zum 22. Juni 2016 in Diyarbakir aufhielt.

## **DELEGATION HÖCHST BESORGT**

Unbeachtet durch die europäische Öffentlichkeit ist der türkische Staat im Südosten des Landes dabei die Identität und Lebensgrundlage der dort lebenden kurdischen Bevölkerung Schritt für Schritt zu zerstören.

Die Stadt Diyarbakir liegt im kurdischen Südosten der Türkei und ist seit dem letzten August Kämpfen, Ausgangssperren, Enteignungen und Zerstörungen ausgesetzt, die Menschen, ihre von einer Stadtmauer umschlossene Innenstadt (Sur) und das Unesco-Weltkulturerbe sind bedroht.

Die Stadt ist seit den 80er Jahren eine Migrationsstadt die viele Inlandflüchtlinge aufnahm (1980 ca 280'000 EinwohnerInnen heute ca 1.2 Millionen) Seit 1999 wird die Stadt und ihre Provinz von der kommunalen prokurdischen Partei regiert, wie allen Provinzen mit HDP Mehrheit in einer Doppelbesetzung von einer Frau und einem Mann.

In diesen vergangenen 17 Jahren hat sich die Stadt Stück um Stück von Zerstörung, Bürgerkrieg und Vertreibung (u.a. ArmenierInnen) geheilt. Die Stadtverwaltung und ihre zivilen Einrichtungen haben die multiethische Identität Diyarbakirs wieder sichtbar gemacht und ihr ihre historische Bedeutung und Rolle in der Region zurückgegeben. Diyarbakir gilt als politisches und kulturelles Herzstück der kurdischen Gebiete in der Südosttürkei.

Eine Gruppe von vier Nationalräten und weiteren Personen haben Diyarbakir vom 19. bis 22. Juni 2016 besucht, um sich vor Ort selbst ein Bild über die aktuelle Situation machen zu können.

Nachdem die Demokratische Volkspartei HDP (ihre Vorsitzenden sind Figen Yükkedag und der Co Vorsitzender Selahattin Demirtas) bei den Parlamentswahlen im Juni 2015 die 10 % Hürde überwand und mit 80 Sitzen ins Parlament einzog, erklärte Staatspräsident Erdogan den seit 2013 laufenden Friedensprozess mit den KurdenInnen für beendet. HDP-AnhängerInnen wurden inhaftiert und die Bevölkerung in den Städten wie Diyarbakir, die mehrheitlich HDP gewählt hatten, unverhältnismässigen Repressionen ausgesetzt. Die darauf folgenden Aufstände wurden militärisch ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung niedergeschlagen. Es folgten Ausgangssperren, massive Zerstörungen und Enteignungen und nach den Berichten des Menschenrechtsvereins kamen in den letzten Monaten mehr als 600 Zivilisten um.

Die Schweizer Delegation besichtigte Diyarbakir – soweit dies möglich war -, führte Gespräche mit 10 verschiedenen Organisationen der Zivilgesellschaft und der Stadt, darunter mit der gewählten Oberbürgermeisterin und dem Oberbürgermeister, dem Menschenrechtsverein IHD, der LehrerInnengewerkschaft und weiteren Organisationen sowie mit HDP-Abgeordneten. Wir waren beeindruckt von der Entwicklung der demokratischen Strukturen und Prozesse unter Einbezug aller gesellschaftlichen Gruppen und der gelebten ethnischen und kulturellen Pluralität.

Noch immer sind fünf Stadtteile in Sur komplett gesperrt mit Betonmauern, Polizeiposten und Sichtschutz, und weder für die Bevölkerung, noch für die BesucherInnen oder PolitikerInnen unzugänglich. Wenn die Delegation trotzdem einen Blick erhaschte, sah sie zerstörte Häuser und bereits plattgewalzte Leerflächen. 22'000 Menschen hatten in den Sperrzonen gewohnt. Auch in andern Stadtteilen sind viele Häuser stark beschädigt. Gewehrsalven, Mörser und Granaten haben Spuren

hinterlassen. Viele Häuser sind verriegelt, Läden geschlossen, 33 von 630 kulturellen Gütern – darunter Moscheen und Kirchen – sind zerstört.

„Wir haben auf allen Ebenen den Dialog mit den staatlichen Behörden gesucht und versucht, die Angriffe und Zerstörungen zu stoppen – ohne jeglichen Erfolg“, berichtet die Co-Oberbürgermeisterin Gültan Kisanak, „unsere Identität und Kultur, unsere pluralistische Gesellschaft und unsere Geschichte sollen vernichtet werden.“

Ende März 2016 wurde vom türkischen Staat im Schnellverfahren ein Enteignungsgesetz in Kraft gesetzt. 80% der Gebäude in Sur wurden vom Staat enteignet, der Rest gehört ihm bereits. Die Enteigneten der immer noch abgesperrten Viertel, hatten 21 Tage Zeit, um Einspruch zu erheben. Die Chancen auf Erfolg sind gering. Im Gegenteil: Wer klagt, riskiert selber eine Klage. Kaum ein Richter getraut sich noch, ein Urteil zu sprechen, dass Erdogan missfällt. Die Rechtssprechung ist ebenso an seinem Gängelband wie die Medien.

Circa 400'000 Menschen wurden im letzten halben Jahr durch die Zerstörung der kurdischen Städte vertrieben. Der 2014 zur Unterstützung der Flüchtlinge aus Kobane (Syrien) und Schengal ( Nord-Irak) gegründete Verein Rojava kümmert sich heute vorwiegend um diese Inlandflüchtling. Hilfe vom Staat erhält der Rojavaverein nicht, im Gegenteil: Lkws werden von den Sicherheitskräften gestoppt, Lebensmittel vernichtet, Zelte aufgeschlitzt, die Bankkonten des Vereins kurz vor dem Besuch der Delegation gesperrt.

Alle von der Delegation besuchten Organisation führen übereinstimmend die gleichen Gründe für die verheerende Entwicklung auf: Die Aushebelung der Rechtsgrundlage, die Verweigerung des Dialogs und systematische Behinderungen in allen Bereichen. Auf der politischen Ebene sieht es nicht besser aus. 51 HDP-Abgeordneten wurde die Immunität entzogen und Klage gegen sie erhoben. Alle rechnen mit Inhaftierung. Den kurdischen BürgermeisterInnen droht die Amtsenthebung. Erdogan will an ihrer Stelle Statthalter einsetzen. „Aber wenn der politische Weg versperrt wird, was bleibt uns dann noch?“, fragte Gültan Kisanak. Gleichzeitig schauen die internationalen Organisationen und Staatengemeinschaften von der Unesco bis zur EU weg. Die HDP-Abgeordnete Sibel Yigitalp formulierte die Erwartungen an die Delegation: „Informiert die Öffentlichkeit über das, was ihr gesehen habt. Das ist unsere einzige Chance. Wir brauchen nicht die Hilfe, wir brauchen Solidarität.“

Alle TeilnehmerInnen der unabhängigen Delegation sind über das was sie vor Ort gesehen haben, sehr betroffen und höchst besorgt. Wenn es zwischen den verschiedenen politischen AkteuerInnen nicht zu einer Wiederaufnahme des Dialogs kommt, ist eine weitere Eskalation zu befürchten. In verschiedenen Gesprächen wurde die Dringlichkeit einer politischen Lösung unterstrichen und die Angst über einen sich ausbreitenden Bürgerkrieg, ähnlich dem in Syrien geäußert. Wir möchten diese Dringlichkeit des politischen Dialogs unterstreichen. Nur über die Wiederaufnahme und des Friedensprozesses kann eine friedliche Lösung gefunden werden, dazu braucht es die Öffentlichkeit und den politischen Druck Europas, denn eine weitere Eskalation muss, auch im Interesse Europas und somit auch der Schweiz, unter allen Umständen verhindert werden.

Die DelegationsteilnehmerInnen 23. Juni 2016

## **DelegationsteilnehmerInnen und Kontaktpersonen**

Anina Jendreyko Kulturschaffende, Organisation der Delegation +41 076 306 88 42

Sibel Arslan Nationalrätin Grüne Schweiz, Basel, Mitglied der Aussenpolitischen Kommission und der Rechtskommision lic. iur.,

Claude Béglé Conseiller national CVP/PDC, Vaud, Mitglied der Aussenpolitischen Kommission [+41 79 828 44 29](tel:+41798284429)

Laurence Fehlmann Rielle Conseillère nationale SP/PS, Genève, Mitglied der Rechtskommission [+41 79 101 53 98](tel:+41791015398)

Claudia Friedl Nationalrätin SP, St. Gallen, Mitglied der Aussenpolitischen Kommission [+41 79 771 90 79](tel:+41797719079)

Hansueli Scheidegger Delegierter Unia Schweiz [+41 79 441 74 35](tel:+41794417435)

Mustafa Atici Grossrat SP Basel, Übersetzer [079 353 07 18](tel:0793530718)

Anne Lise Hilty Kommunikationsfachfrau, freie Journalistin +41 79 643 18 47

## **Factsheet**

5000 v.Chr. Erste Besiedlung des heutigen Sur

2013: Beginn der offiziellen Gespräche zur Einleitung eines dauerhaften Friedensprozesses.

7. Juni 2015: HDP gewinnt 13,7% der Stimmen, schafft damit die 10%-Hürde und zieht mit 80 Abgeordneten ins Parlament ein.

Juli 2015: Erdogan beendet Friedensprozess mit den Kurden

Juni/Juli 2015: Sur wird zusammen mit den Hevselgärten am Tigris in das Unesco-Weltkulturerbe aufgenommen.

1. November 2015: Parlamentswahlen (HDP 10,8% und bleibt im Parlament)

Erste Ausgangssperren in Diyarbakir ab September 2015

Vom 2. Dezember bis Ende Februar 2016 praktisch durchgehend.

### **Sept. 15 – März 2016 Zerstörungen und Vertreibungen in Diyarbakir:**

28. November 2015: Vorsitzender der Anwaltskammer und Menschenrechtler Tahir Elci von Diyarbakir ermordet

10. März 2016: Staat erklärt Operationen als beendet.

21. März: Das türkische Kabinett beschliesst per Eilgesetz die Enteignung von Grundstücken in Diyarbakir. Eigentümer wird demnach das türkische Ministerium für Natur- und Städtebau. Die Gebäude sollen durch neue Gebäudekomplexe (Hochhäuser) der staatlichen Wohnungsbaubehörde Toplu Konut İdaresi (TOKİ), die direkt dem Ministerpräsidenten unterstellt ist, ersetzt werden.

25. März 2015: Enteignungsgesetz in Kraft

1.-21. April 2015: Frist für Einsprachen gegen Enteignungen. 1500 Klagen werden eingereicht. (Bei ordentlichen Verfahren wären es doppelt so viele gewesen.)

10. Mai 2016: 1258 Häuser von 7000 Menschen sind gemäss Satellitenaufnahmen bereits zerstört

## **Zahlen**

Einwohner von Sur, Innenstadt von Diyarbakir 2015: 50'300

Vertriebene Bewohner in den 6 gesperrten Stadtteilen von Sur: 22'300

Fläche von Sur: 148 ha Fläche der 6 gesperrten Stadtteile von Sur: 75 ha

33 von 630 Kulturgütern, darunter Kirchen und Moschen wurden in Diyarbakir zerstört

Insgesamt wurden seit November 2015 400'000 Menschen aus den kurdischen Städten Diyarbakir, Cizre, Sirnak, Nusaybin, Silopi, Yüksekova, Hakkari und weiteren Städten in denen der Stimmanteil für die HDP hoch war vertrieben.

Nach Angaben des IHD ( Menschenrechtsverein)

ca 600 getötete Zivilisten laut IHD

## **Diyarbakir Provinz**

Seit der Verwaltungsreform von 2014 besteht die Provinz Diyarbakir aus 17 Landkreisen, 4 davon gehören zur Stadt Diyarbakir. Alle sind der Oberbürgermeisterin der Provinz unterstellt.

Die Stadt umfasst ca 1.2 Millionen – die Provinz 1.6 Millionen Einwohner.